

Allein und arm

Alleinerziehende sind mehr als doppelt so armutsgefährdet wie Paare mit Kindern. Die Regierung spart derweil bei Kinder- und Familienpolitik - auch beim Unterhaltsvorschuss

Von Niki Uhlmann

Im üblichen Gebrauch der deutschen Sprache existiert er gar nicht: der Elter. Oder befremdlicher noch: das Elter. Und doch wimmelt Deutschland vor denen. 2025 lebten hierzulande laut dem Statistischen Bundesamt (Destatis) 1,62 Millionen Alleinerziehende. Seit zehn Jahren sei dieser Anteil, abgesehen von einem Rückgang um etwa einen Prozentpunkt, ziemlich konstant, bestehe etwa jede fünfte Familie aus mindestens einem Kind und maximal einem Elter. Auch nicht neu, aber nach wie vor brisant: »Alleinerziehende und ihre Kinder sind besonders stark von Armutsgefährdung betroffen.« Trotzdem setzt die Bundesregierung in der Kinder- und Familienpolitik den Rotstift an. Ihr jüngster Einfall: [eine Kürzung beim Unterhaltsvorschuss](#).

Ausbaden müssen das vor allem Frauen. Mit 84,4 Prozent erfasst die amtliche Statistik den Großteil aller Alleinerziehenden als weiblich. 2015 seien es noch 88,9 Prozent gewesen. Bei diesem Tempo wäre hierzulande in rund 76 Jahren die Geschlechterparität bei der Kinderalleinerziehung erreicht. Letztere ist allerhand Arbeit – unbezahlte. Destatis liefert ein weiteres Indiz für die eklatante Doppelbelastung, die sich daraus für Frauen ergibt: »Alleinerziehende Mütter (38,6 Prozent) arbeiten häufiger in Vollzeit als Mütter mit einem Partner oder einer Partnerin (30,7 Prozent).« Der Zusatz, »bei alleinerziehenden Vätern ist es umgekehrt«, verrät überdies, dass es dem üppiger entlohten Geschlecht sehr wohl möglich ist, als Elter in Teilzeit über die Runden zu kommen – und in Partnerschaften Reproduktionsarbeit auf Frauen abzuwälzen.

Apropos Belastung: Zuletzt hatte dem Amt zufolge mit 28,9 Prozent fast jede dritte Person in alleinerziehenden Haushalten ein Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze. Deren Armutsgefährdungsquote sei damit »mehr als doppelt so hoch wie die von Menschen in Haushalten von Paaren mit einem oder mehreren Kindern (zwölf Prozent)« gewesen. Der Durchschnitt liegt bei 16 Prozent. 16 ist auch das Alter, ab dem Bundesfamilienministerin Karin Prien (CDU) den Kindern von Alleinerziehenden den Unterhaltsvorschuss streichen will. Ein vorerst letztes Mal Destatis: Seit 2017 »liegt die Altersgrenze bei 18 Jahren. Im Jahr 2025 waren 15,8 Prozent der minderjährigen Kinder von Alleinerziehenden 16- und 17jährige.« Betroffen – es geht um fast 400 Euro pro Monat – wären demnach 373.000 Jugendliche und mit 21,2 Prozent mehr als ein Fünftel aller Ein-Elter-Familien.

»Statt bei den Jugendlichen mit der höchsten Armutsgefährdung zu kürzen, sollte die Bundesregierung den Unterhaltsvorschuss stärken«, befand Daniela Jaspers, Bundesvorsitzende des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), auf Anfrage von jW. Im Koalitionsvertrag seien sogar »Verbesserungen versprochen« worden: »Das Kindergeld sollte künftig nur noch hälftig auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden, wie beim Unterhalt.« Zudem müsse vermehrt auf die Unterhaltspflichtigen zurückgegriffen werden. Die Organisation »Jetzt Jugendhilfe« bezifferte die Rückholquote im Mai auf nur rund 17 Prozent: »Das System hat ein Rückgriffsproblem«, aus dem aber ein »Kinderproblem zu werden« drohe.

»Wenn die Bundesregierung den Unterhaltsvorschuss kürzt, bestraft sie Kinder und Jugendliche dafür, dass meist ihre Väter keinen Unterhalt zahlen«, wertete Kathrin Gebel, frauenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag, diese Sparorgie gegenüber jW als »patriarchale Klassenpolitik«. Militaristisch ist auch noch: Mehr als 109 Milliarden Euro sehe der Bundeshaushalt 2027 für Aufrüstung vor; »für Waffen ist Geld da, aber bei der finanziellen Absicherung von Müttern und Kindern wird gekürzt.« Die Forderungen Jaspers ergänzte Gebel um die Abschaffung der Bedarfsprüfung. Letztlich bekämpfe man »die Armutsgefährdung von Kindern und Frauen mit der Umverteilung von oben nach unten, nicht mit Kürzungen von arm zu noch ärmer«.

Davon will die Bundesregierung freilich nichts wissen. Mit dem Haushaltsbegleitgesetz hat das Kabinett Anfang Juli die [Streichung des Kindersofortzuschlags](#) beschlossen. Eine [Verkürzung des Elterngelds von 14 auf zwölf Monate](#) ist in Arbeit. Wen wundert es da, dass die Jugend für diesen Staat im sogenannten Ernstfall nicht ihr Leben lassen und erst recht nicht morden will.

<https://www.jungewelt.de/artikel/526640.patriarchale-klassenpolitik-allein-und-arm.html>